

Werkverträge

Krisengespräch im Kanzleramt

Mit einem Spitzengespräch im Kanzleramt will Angela Merkel den Streit um die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen schlichten. An dem Treffen, das für den kommenden Mittwoch angesetzt ist, werden neben der zuständigen Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) auch Spitzenvertreter des DGB, der großen Einzelgewerkschaften sowie der Arbeitgeber teilnehmen. Merkel hatte jüngst auf einer Unternehmertagung in Berlin versprochen, sich für Änderungen an einem umstrittenen Gesetzentwurf einzusetzen, den Nahles vorgelegt hat. Die Arbeitgeber sehen darin eine übermäßige Einschränkung von Werkverträgen und Leiharbeit. Ihnen missfallen vor allem die gesetzlichen Kriterien, mit denen künftig festgestellt werden soll, ob ein Werkvertrag in Wahrheit nicht doch ein Arbeitsvertrag ist. Ebenso lehnen sie die geplanten Regelungen zur Gleichbezahlung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten sowie zur Höchstüberlassungsdauer von Zeitarbeitern ab. mad

Polizei

Echter Grenzschutz

Die EU-Mitgliedstaaten sollen künftig bis zu 2000 Polizisten als ständig einsatzbereite Reserve für die EU-Grenzschutzagentur Frontex bereit halten. Das sehen Pläne vor, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Dienstag präsentieren will. Die Beamten sollen in Notfällen, wie derzeit in Griechenland, rasch und unter gewissen Bedingungen sogar gegen den Willen des betroffenen Landes an die EU-Außengrenzen verlegt werden können. „Die Zeiten, dass wir bei den Mitgliedstaaten um Polizisten betteln müssen, müssen vorbei sein“, heißt es in der Kommission. „Es geht darum, aus Frontex eine echte Grenzschutzagentur zu machen.“ Zudem sollen Frontex-Beamte überwachen, dass abgelehnte Asylbewerber tatsächlich abgeschoben werden. Aus dem Europaparlament kommt bereits Unterstützung für die Pläne: „Wenn Staaten, wie jetzt Griechenland, beim Schutz der EU-Außengrenze scheitern, muss Europa das Kommando auf bestimmten Grenzschnitten übernehmen können“, sagt der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei Manfred Weber (CSU). mp

Zeitgeschichte

Feine Genossen

DDR-Chef Erich Honecker (1912 bis 1994) war nach Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes (BND) im SED-Politbüro von Unsympathen und Langweilern umgeben. Das geht aus der Analyse 899/82 VS-Vertraulich („Persönliche Verhältnisse ausgewählter SED-Spitzenfunktionäre zu Erich Honecker und zueinander“) im BND-Archiv hervor. Die führenden Genossen werden darin als „selbtherrlich“ (Chefideologe Kurt Hager), „schroff“ (Wirtschaftsboss Günter Mittag), „knochentrocken, steif“ (Regierungschef Willi Stoph), „arrogant“ und „skrupellos“ (Propaganda-Chef Joachim Herrmann) beschrieben. Die Einschätzungen beruhten, so die BND-Autoren der Studie, „überwiegend auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen“, also Spionage. Nur Hermann Axen, im Politbüro zuständig für Außenpolitik, und der spätere SED-Chef Egon Krenz kommen besser davon: Axen habe ein „ruhiges, ausgeglichenes Wesen“. Und Krenz verhalte sich „fast unterwürfig“ gegenüber den anderen, was jedoch möglicherweise daran liege, dass er der Jüngste sei. klw



Bundeswehrsoldaten in Jagel

Verteidigung

USA fordern weitere Unterstützung ein

Die USA fordern von Deutschland mehr militärische Unterstützung für den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS). Trotz der eilig beschlossenen Entsendung deutscher Unterstützungskräfte für die von den Vereinigten Staaten angeführte Anti-IS-Koalition bat der amerikanische Verteidigungsminister Ashton Carter vergangene Woche seine deutsche Kollegin per Brief um weitere Beiträge der Bundeswehr. Eine konkrete Wunschliste enthält das Schreiben an Ursula von der Leyen (CDU) offenbar noch nicht. Gleichwohl konnte der Brief als Aufforderung verstanden werden, das deutsche Engagement zu erweitern. Aus Sicht der vom Vorstoß überraschten Bundesregierung versuchen die USA mit ähnlichen Schreiben an weitere Partner eine stärkere Teilnahme an den Luftschlägen in Syrien und dem Irak zu erreichen. Dass Washington trotz der Bereitstellung von Kampfflugzeugen und einer Fregatte weitere Forderungen stellt, setzt Berlin unter Druck. Bisher hat Verteidigungsministerin von der Leyen auf den Brief nicht geantwortet. Am Donnerstag waren die ersten beiden deutschen „Tornados“ auf dem türkischen Stützpunkt Incirlik gelandet. Von Januar an sollen die Jets erste Aufklärungsmissionen über Syrien fliegen. red

Kittihawk



Beate Zschäpe beim Friseur